



## 6. Sitzung des Ältestenrates am 6. Dezember 2017

### Ergebnisprotokoll

#### TOP 1 Ablauf der [7. Tagung](#) des Landtags

Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte sowie die Redezeiten wurden erörtert und einvernehmlich festgelegt.

#### TOP 2 Änderung der §§ 63, 64 der Geschäftsordnung - Reden/Erklärung zur Abstimmung bei Personalentscheidungen

Präsident Schlie legte dar, dass es bezüglich einer Änderung der §§ 63, 64 der Geschäftsordnung nicht zu einer Verständigung zwischen den Fraktionen gekommen sei. Die Geschäftsordnung bleibe daher in dem Punkt unverändert.

#### TOP 3 Verwendung von Bildmaterial zur Visualisierung während einer Rede

Der Ältestenrat thematisierte die Verwendung von Bildmaterial zur Visualisierung während Plenardebatten und stellte das Einvernehmen her, dass die Verwendung nicht gestattet sei.

#### TOP 4 Personalangelegenheiten

Der Präsident stellte das Benehmen in Personalangelegenheiten her.

#### TOP 5 Verschiedenes

##### a) „Grünkohl-Empfang“ für Bundeswehr und Polizei, Bundesfreiwilligendienst, Katastrophenschutzeinheiten und den Zoll

Präsident Schlie wies auf den für Mittwoch, den 24. Januar 2018, um 18:30 Uhr, terminierten „Grünkohl-Empfang“ für Bundeswehr und Polizei, Bundesfreiwilligendienst, Katastrophenschutzeinheiten und den Zoll hin.

##### b) Reisettermine des Ältestenrates nach Südtirol und nach Israel und in die palästinensischen Gebiete

Präsident Schlie stellte dem Ältestenrat mögliche Zeitfenster für die in Aussicht genommenen Reisen nach Südtirol sowie nach Israel und in die palästinensischen Gebiete vor, woran sich eine Diskussion anschloss.

##### c) Beobachterstatus im Nordischen Rat

Der Ältestenrat diskutierte die Rolle der Beobachterinnen und Beobachter beim Nordischen Rat.

**d) Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust**

Präsident Schlie unterrichtete den Ältestenrat über die Gedenkfeier anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust, die am Nachmittag des 26. Januar 2018 durchgeführt werden solle, und wies auf das dadurch bedingte frühe Ende der Plenartagung im Januar hin.

**e) Sachstand zur Ergänzungsvereinbarung zum Verfahren bei Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Landesverfassung (LV) vom 18. Dezember 1992**

MDgt. Dr. Schürmann informierte den Ältestenrat über den Sachstand des Verfahrens.

gez. Klaus Schlie

Der Link in diesem Dokument ist aus technischen Gründen möglicherweise erst zu einem späteren Zeitpunkt verfügbar.